

Pressemitteilung vom 06.02.2023

Investitionen in kommunale Infrastruktur statt Abschottung

„Der Bund darf die Kommunen und die Länder mit den steigenden Zahlen Schutzsuchender nicht allein lassen. Deshalb ist es sinnvoll, wenn zeitnah ein weiterer ‚Flüchtlingsgipfel‘ anberaumt wird. Ob dieser im Kanzleramt oder beim Bundesinnenministerium stattfindet, ist nachrangig. Wichtiger ist, dass endlich nachhaltige Strategien statt kurzfristiger Lösungen gefunden werden, um allen Geflüchteten ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Wenn es in den Kommunen Engpässe bei der Unterbringung und Versorgung gibt, ist nicht mehr Abschottung die Lösung, sondern es muss massiv in bezahlbaren Wohnraum, Kitas und Schulen investiert werden“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur aktuellen Debatte um einen „Flüchtlingsgipfel“. Bünger weiter:

„Gerade wäre zudem ein guter Zeitpunkt, um das starre Verteil- und Unterbringungssystem für Asylsuchende infrage zu stellen. Anstatt sich strikt an einem Kapazitätsschlüssel der Länder zu orientieren, wie es bisher Praxis ist, müsste viel stärker nach den sozialen Netzwerken und Bedarfen der ankommenden Menschen gefragt werden. Wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, könnten viele von ihnen bei Verwandten unterkommen und die staatlichen Aufnahmestrukturen wirksam entlasten, wie es auch bei den Ukraine-Geflüchteten funktioniert hat.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke